

# Weltweite Kriege und antimilitaristische Optionen im 21. Jahrhundert

**Festrede von Johannes Becker anlässlich des 10. Geburtstags der Informationsstelle Militarisation, Tübingen, 5. März 2005**

Die meisten Dinge - oder wahrscheinlich sind euch alle Einzelaspekte nicht neu - aber vielleicht ist euch die Synopse neu und vielleicht ist das neu, was ich am Ende bringe, wo ich darauf eingehe, worauf wir als Friedensbewegung und Friedensforschung meiner Ansicht nach einen besonderen Wert und Schwerpunkt in der Aktion legen sollten.

## **Punkt 1: Die Kriege des 21. Jahrhunderts werden geprägt von...**

Erstens, dem US-amerikanischen Unilateralismus seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, das müssen wir weiter diskutieren;

Zweitens, von Verteilungskämpfen um die versiegenden Rohstoffe, auch das ist den meisten hier klar; und

Drittens, von der weiter wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich sowie der neuen Rolle des Islam in diesem Zusammenhang.

Ich möchte im Zusammenhang mit der wachsenden Rolle von Arm und Reich nur darauf hinweisen, dass der Arbeitskreis Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg herausgefunden hat, dass zwischen 80 und 90 Prozent der Ursachen aller Kriege nach 1945 nicht in religiösen oder ethnischen Problemen bestanden, sondern in der ungleichen Verteilung des Reichtums auf der Erde. Dies ist für mich ein ganz wichtiger Aspekt.

## **Punkt 2: Die Rolle der Europäischen Union...**

als ökonomischem Global Player ist einstweilen ungeklärt. Wird ihre Verfassung ratifiziert, wird die EU in die militrpolitische Konkurrenz mit den USA eintreten - eine fatale Entwicklung.

Die Alternativen liegen auf der Hand. Tobias hat mich vor einer Woche in den Militrausschuss nach Brüssel eingeladen, was für mich eine sehr hilfreiche Erfahrung war. Dort haben sich die wenigen Abgeordneten und EuroexpertInnen überhaupt nicht interessiert, welche alternative Rolle die Europäische Union spielen könnte. Ich bin der Ansicht, dass wir es nicht mehr mit einer Wirtschafts-

organisation zu tun haben, sondern, wir haben es heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts mit einem Instrumentarium von einer halben Milliarde Produzentinnen und Produzenten, Konsumentinnen und Konsumenten zu tun, die auf einem relativ gleich ausgebildeten Niveau agieren. Man kann die EU nicht bspws. mit den USA vergleichen, in denen ein Drittel der gesamten Bevölkerung nicht am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Prozess teilnimmt.

Nicht nur ich bin deshalb der Ansicht, dass diese EU sich nicht dadurch auf gleiche Augenhöhe mit den USA bewegen sollte, dass sie sich aufrüstet - die Fakten sind euch alle bekannt, schnelle Eingreiftruppe, Galileo, Miltrtransporter, Battlegroups - sondern, dass die EU die Chance wahrnehmen sollte, zu einem neuen Modell in der Austauschpolitik mit dem Rest der Welt zu werden. Das, was ich eben in Punkt 1 sagte: Wenn der Arbeitskreis Kriegsursachenforschung feststellt, dass 80 bis 90 Prozent der Konfliktursachen in der ungleichen Verteilung des Reichtums liegen, dann muss sich doch die Europäische Union fragen, ob nicht dort der Hebel angesetzt werden muss, warum wird stattdessen versucht, das Modell der USA und der NATO zu kopieren und aufzurüsten. Ich finde dieses Modell total verfehlt und auch völlig unökonomisch.

## **3. Die Banalisierung des Militärischen...**

läuft in den USA und auch allen Staaten der EU nahezu reibungslos. Die Gegenkräfte scheinen hingegen marginalisiert. Ein neues Bild vom Krieg hat das Denken der Menschen ergriffen, ich komme hierauf später noch einmal zurück.

Wir haben im letzten Jahr in Marburg eine Konferenz zum Thema „Banal Militarism“, oder was ich noch schöner finde, das Gerundium, die „Banalisierung des Militärischen“, abgehalten. Überlegt euch doch mal, was heute passiert: Unsere Armee, „unsere Armee“ sage ich schon, das ist bereits ein Freudscher Versprecher, die Bundeswehr steht in sechs, sieben, acht Konflikten, je nachdem, was man hinzurechnet. Was wird diskutiert in diesem Land? Es wird diskutiert, ob die

Mission in A verlängert wird, ob man dazu den Bundestag hören muss oder es vielleicht auf Erlasswege regeln kann, ob man die Bundeswehr bei der Fußballweltmeisterschaft einsetzt - das ist die Banalisierung des Militärischen. Versetzt euch mal zurück in die 80iger Jahre, wenn man uns ein solches Szenario geboten hätte, was wäre passiert? Ich prophezeie, dass die Republik in Flammen gestanden hätte, das hätten wir nicht akzeptiert.

Aber die Fortsetzung des Politischen im Militärischen, die Banalisierung des Militärischen hat unsere Köpfe alle ergriffen. Da wird argumentiert mit zielgenauen Bombardierungen. Das Beispiel Iran, die USA und die NATO diskutieren offen darüber, ob man nicht den Iran zielgenau bombardieren könnte. Dann wird die Theorie des Krieges mit null Toten hoffähig gemacht. Natürlich haben sie Kriege mit fast null Toten geführt, das muss man ja akzeptieren - die USA haben im Jugoslawien-Krieg, den man so unrichtig Kosovo-Krieg nennt, 153 Leute verloren. Das ist gemessen am Zweiten Weltkrieg, bei dem sie eine sechsstellige Zahl von Männern oder dem Vietnam-Krieg, bei dem sie 65.000 verloren haben, natürlich so gut wie nichts. Aber deswegen wird der Krieg nicht humaner, aber im Massenbewusstsein ist Krieg als normales Mittel der Politik eingekehrt - Banalisierung des Militärischen.

## **4. Ein Blick nochmal auf die USA. Seit 9-11...**

erklären die USA legitim den Krieg gegen den internationalen Terror und Terrorismus- niemand weiß genau was das ist, es kann niemand definieren. Man weiß bis heute nicht, wer die Anschläge in New York verübt hat. Niemand weiß, welche Rolle der CIA oder einer der anderen 27 Geheimdienste, oder einer der 16 Geheimdienste der Bundesrepublik dabei gespielt hat.

Aus diesem Kampf gegen den internationalen Terrorismus hat sich dann die Debatte um Prävention und Präemption ergeben. Die USA nehmen sich im Augenblick heraus, auf jedem Teil der Erde Krieg zu führen, wo immer sie es für nötig halten, um ihre Interessen auch präemptiv wahrzunehmen. Dies hat natürlich zur Konsequenz, dass bspws. Russland sich in Tschetschenien legitimiert sieht militärisch zu agieren und insgesamt die Politik aus dem Ruder gerät.

## **5. Neue Feindbilder**

Nach der Wende 1989-91, rechnete man eigentlich - ich nicht, aber viele - mit dem,

was Bill Clinton damals die Friedensdividende genannt hatte. Also der Feind, der uns angeblich vierzig Jahre bedroht hat - das ist heute nicht unser Thema, hat uns die Sowjetunion wirklich bedroht? -, dieser Feind atomisiert sich. Damals haben wir geglaubt, wozu geben wir jetzt noch 30, vielleicht objektiv 40 Mrd. Euro für eine Bundeswehr aus, wozu brauchen die Briten, wozu die Franzosen eine große Armee?

Diese Friedensdividende wurde nicht realisiert. Wir haben zwar eine quantitative Abrüstung, aber eine qualitative Aufrüstung erlebt. Um das durchdrücken und im Massenbewusstsein verankern zu können, muss man neue Feindbilder aufbauen. Diese Feindbilder - und das ist vielleicht was neues -, die muss man außenpolitisch und innenpolitisch aufbauen.

Außenpolitisch, das ist nicht schwer drauf zu kommen, war dies zunächst einmal Milosevic in Jugoslawien, der sich irgendwie immer noch als Kommunist bezeichnet hatte. Dann war es der Irak, auch die Baath-Partei nennt sich sozialistisch. Dann waren es natürlich die Schurkenstaaten, und jetzt ist es das ganz große Feindbild der Islam und Islamismus - niemand weiß, was der Islam wirklich ist, aber es ist das tragende Feindbild.

Jetzt komme ich zum innenpolitischen Feindbild. Wenn man Kriege führen will, muss man das auch innenpolitisch absichern, man muss dafür sorgen, dass die Republik so ruhig bleibt, wie wir sie im Augenblick sehen. Ich glaube, dass innenpolitisch das Feindbild darin besteht, dass man in diesem Land von der sozialen Hängematte spricht, dass man die Langzeitarbeitslosen marginalisiert, ImigrantInnen und AsylbewerberInnen marginalisiert, ich komme darauf später nochmal zurück, wenn es um Strategien geht, wie wir daraus herauskommen können.

## **6. Die neuen Angriffskriege sind nicht mehr gewinnbar!**

Der Jugoslawienkrieg ist, gegen alles, was die Medien schreiben, ein Desaster. Wir sind nicht in der Lage heute unsere Truppen abzuziehen, sondern wir werden sie noch für zehn, zwanzig Jahre dalassen müssen. Was haben wir erreicht dadurch?

Afghanistan, alles was ihr über die Situation in Afghanistan lest ist gelogen, es ist alles vollkommen gelogen. Afghanistan ist, im französischen sagt man ein Bordell. Die Situation dort, wie sie uns in den bürgerlichen Medien präsentiert wird, hat mit der Realität nichts zu tun. Die Situation der Frau habe sich verbes-

sert, schreibt die FAZ - das ist Quatsch. Alles Unsinn, die Warlords sind gestärkt worden, seit der Vorkriegszeit, die Situation der Frau ist beschissener, die Situation an den Universitäten ist beschissener. Wir haben in Marburg einen Kollegen, Matin Baraki, der Afghane ist, und einmal im Jahr hinfährt, der sagt uns, wie die Situation wirklich ist.

Irak - müssen wir über den Irak-Krieg reden? Was liest unser Volk über den Irak-Krieg? Na ja, dass da zwei Bomben in Bagdad hochgegangen sind. Die FAZ hat vor zwei Wochen eine Statistik gemacht. Es gab im letzten Jahr 2.500 Anschläge! Das ist die Realität des dritten Desasters - Angriffskriege sind nicht mehr zu führen. Die Frage ist natürlich, welche Konsequenzen dies haben könnte und sollte, für Menschen, die noch halbwegs vernünftig denken.

## **7. Die größte Hoffnung kommt aus Lateinamerika**

Für mich kommt im Augenblick die größte Hoffnung aus Lateinamerika. In Lateinamerika hat sich Kuba in den letzten 15 Jahren überlebensfähig gemacht, wie man wohl sagen muss. In Kuba gab es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den so genannten periodo especial, eine wirklich ganz schwierige Periode mit einer breiten, tiefen Armut. Die Regierung hat hieraus Konsequenzen ziehen müssen, mit der fatalen Folge, dass wir jetzt - ich sage wir, weil ich sehr viel mit Kuba arbeite - in Kuba arm und reich kennen, was vorher nicht der Fall war, aber es gab keine Alternative hierzu. Kuba hat einen Massentourismus aufgebaut und Joint Ventures ins Land geholt, aber Kuba hat überlebt. Und trotz dieser 15jährigen Phase tiefer Armut hat in Kuba keine einzige Schule und kein einziges Krankenhaus geschlossen. Und das ist für mich das Modell für die Entwicklungsländer, das heißt das Modell für 80 Prozent auf diesem Erdball.

Warum kommt meine Hoffnung aus Lateinamerika? Weil es jetzt ein paar Kopien von Kuba gibt. Eine dieser möglichen Kopien liegt in Venezuela, eine weitere liegt sicherlich in Bolivien. Wir haben weitere Länder wie Brasilien, Argentinien und selbst Chile, wo zumindest die Phase der Militärdiktaturen und der brachialen physischen Gewalt gegen unsere Positionen beendet ist.

Hier sieht sich der Unilateralismus, also die US-dominierte Logik der Politik, wirklich in einer Defensive. Hier können sie derzeit - auch weil sie mit 200.000 Leuten im Nahen Osten gebunden sind - nicht

eingreifen. Vielleicht eine kleine Seitenbemerkung: Alles was ihr über Venezuela in der bürgerlichen Presse lest, Diktatur, Chavez sei schon immer Militärputschist usw., hat nichts mit der Realität zu tun. Natürlich ist Chavez eine sehr vielschichtige Person. Aber ich weiß nicht, Chavez rüstet augenblicklich die Bevölkerung mit 1 Million Gewehren aus. Tut das jemand, der ein Diktator ist? Da muss man nicht Major gewesen sein, um da seine Zweifel zu haben.

## **8. Streitpunkte der Weltweiten Friedensbewegung**

Die Streitpunkte liegen erstens in der Beurteilung der Rolle der USA vs. nationaler Imperialismen, also, nur als Schublade, Anti-US-Amerikanismus, Anti-Deutschtum...

Ein zweiter Streitpunkt in den Friedensbewegungen liegt natürlich in der Beurteilung der Europäischen Union, der EU-Militarisierung. Wir haben das in Marburg besonders erlebt. Die IALANA, also die JuristInnen gegen atomare und chemische Aufrüstung, haben einen heftigen Konflikt mit meinen und IMI-Positionen gehabt. Die IALANA sagt, wir müssen in der Europäischen Union versuchen den Prozess zu strukturieren, zu beeinflussen. Also die bloße Ablehnung der Militarisierung genüge nicht. Generelle Ablehnung vs. eingreifendes Mitgestalten, habe ich das hier genannt.

Ein dritter Streitpunkt in der Friedensbewegung ist die Beurteilung supranationaler Organisationen. Also wie beurteilen wir die OSZE (die ehemalige KSZE), welche Potenzen liegen da drin. Aber vor allem, wie beurteilen wir die UNO und welche Potenzen liegen in der UNO. Was bedeutet es, wenn wir sagen, das ist zumindest meine Position, ja, das Gewaltmonopol muss bei der UNO liegen, die UNO-Charta gilt es zu schützen, aber wir müssen die UNO reformieren. Was bedeutet das? Jeder Mensch hat eine andere Vorstellung von der Reform der UNO. Wir hier im Raum stimmen sicher darin überein, dass die Reform der UNO nicht bedeuten kann, dass Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat bekommt, aber das ist nunmal Mainstream in den Köpfen der Menschen.

Ein vierter Streitpunkt in der Friedensbewegung ist natürlich die Beurteilung der Globalisierung. Globalisierung hat ja nicht nur negative Aspekte, sowohl in der dritten, als auch der ersten Welt.

Einen fünften Streitpunkt habe ich eben schon angesprochen. Wir sind uns nicht immer einig darüber, wie wir Befreiungs-

bewegungen in der so genannten dritten Welt, in den Entwicklungsländern beurteilen sollen, also jetzt ganz konkret am Beispiel Venezuela und Chavez. Aber insgesamt muss man natürlich konstatieren, die Fragen, die Beurteilung dessen, was ich eben über Lateinamerika gesagt habe, ist völlig in den Hintergrund geraten. Wenn ihr euch mal zurückversetzt in die siebziger Jahre, als wir in Chile einen Aufbruch hatten, als wir in den 80er Jahren in El Salvador in Nicaragua den Aufbruch hatten, wer bitte schön diskutiert heute in unseren Bewegungen über Lateinamerika?

### 9. Ein Wort zur deutschen Friedensbewegung

Insgesamt hat die deutsche Friedensbewegung meiner Ansicht nach den Schwenk in der Sicherheitspolitik von einer eher zivilen Logik der Bundesrepublik in den 50er, 60er, 70er Jahren, hin zur Militärlogik, im Prinzip hat das die Friedensbewegung, ich will nicht sagen geschluckt, aber sie nimmt es hin. Sie nimmt es hin und ist nicht in der Lage sich dagegen zu wehren.

Schröder hat ja nicht gesagt, im Irak-Krieg, wir sind gegen einen Krieg und gegen den Einsatz von Militär. Sondern er hat gesagt nicht jetzt und nicht an der Seite der USA. Und er hat von einem deutschen Weg gesprochen, das heißt die Bundesrepublik Deutschland, will als imperialer Akteur handeln, wie mein großer Lehrer Czempel in Marburg sagt, er sagt immer noch nicht imperialistisch, weil das doch zu marxistisch wäre. Die Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch!

Alles das wird in diesem Land vom Massenbewusstsein geschluckt und wir in der Friedensbewegung sind nicht in der Lage, die Menschen gegen solche Saureien auf die Straße zu bringen, was mich zu meinem letzten Punkt bringt.

### 10. Der Zusammenhang von Sozialabbau und außenpolitischer Aggression

Ich glaube, dass die Friedensbewegung und Friedensforschung sowie die Bewegungsforschung, den Einfluss auf die sozial- und Wirtschaftspolitik auf den Zustand des Landes vernachlässigt.

Eigenartigerweise haben wir es auf der einen Seite damit zu tun, dass die Interventionstätigkeit von BRD, EU und NATO zugenommen hat, und auf der anderen Seite aber die Republik ruhig ist.

Der Kanzler einer sozialdemokratisch-grünen Regierung hat als das wesentliche Moment seiner ersten Legislaturperiode die Enttabuisierung des Militärischen

benannt. Eigentlich hätte die Hälfte seiner Partei austreten müssen, aber nichts ist passiert; und auf der anderen Seite gibt es dagegen, wie bereits gesagt, keine nennenswerte antimilitaristische Bewegung.

Zum Beispiel, als wir vor zwei Jahren auf der Anti-Sozialdumping-Demo waren, da waren in Köln etwa 150.000 Menschen und ich habe eine Pace-Fahne dabei gehabt und außer meiner noch eine einzige gesehen. Es gab Tausende von IG-Metall-Fahnen und Tausende GEW-Fahnen. Es wurde also nicht die Brücke hergestellt, zwischen dem, was ich in einer meiner ersten Thesen erwähnt hatte, diesem innen- und außenpolitischen Feindbild, was aufgebaut worden ist, wo das eine nicht ohne das andere existieren kann. Jetzt gehe ich nochmal auf das innenpolitische ein.

Ich glaube drei Faktoren sind für die Ruhe dieser Republik - und die Ruhe dieser Republik geht mir ungeheuer auf den Senkel - verantwortlich.

Erstens, die Menschen sind natürlich durch die Massenarbeitslosigkeit verängstigt. Wir haben in der Realität nicht 5 sondern 8 Millionen Arbeitslose, das ist die Realität. Perspektivlosigkeit der Jugend, Zukunftsängste, Verarmungsängste, alle diese Ängste haben einen realen Hintergrund, es ist ja nicht so, dass sich die Leute irgendetwas einbilden. Das prägt zunächst einmal das Klima in dieser Republik. Das Klima zum Beispiel in Frankreich ist ein vollkommen anderes. Wenn die Menschen in Frankreich gefragt werden, was sie am meisten bedrängt, so ist das ihre körperlich Unversehrtheit, die

haben einfach Angst, dass ihnen jemand die Handtasche wegreißt. Bei uns sind das ganz andere, fundamentale Ängste, nämlich was die Perspektive anbelangt.

Und jetzt komme ich zu den beiden weiteren harten Fakten, die meiner Ansicht nach diese ruhige Republik produzieren.

Zweitens, die Menschen in unserem Land haben die individuellen Schuldzuschreibungen akzeptiert. Die 8 Millionen Arbeitslosen, von denen übrigens, wie wir aus ganz seriösen Untersuchungen wissen, 7,5 Millionen arbeiten wollen oder müssen, haben das Stigma selbst akzeptiert.

Ich will euch das banalisieren: Musste ich mein Abi abbrechen? Musste ich im Studium so früh die Kinder kriegen? Hätte ich nicht noch Fortbildung d, c, e machen können? Musste ich da ins Ausland gehen? Warum bin ich in unserem Betrieb Vertrauensfrau geworden?

Also individuelle Schuldzuschreibung - und individuelle Schuldzuschreibung verunmöglicht Solidarisierung, das ist ein großes Problem. Wir haben vor ein paar Jahren in Marburg vom AjLE (Arbeitskreis junger LehrerInnen und ErzieherInnen) aus 800 Arbeitslose LehrerInnen eingeladen. Von 800 sind 3 - nicht 300 und auch nicht 30 - sondern 3 sind gekommen. Ein Großteil der anderen hat sich geschämt. Eine Solidarisierung der Entrechteten ist nicht passiert, denn es handelt sich um einen Prozess der Atomisierung und Pulverisierung.

Neben dieser Stigmatisierung, dass die Leute glauben, sie seien selbst für ihre Lage verantwortlich und deswegen auch

**IRAK**

Zur Flughafenüberwachung in Mosul werden von einem deutschen Sicherheitsdienst mehrere

**Geprüfte Sicherheitsdienstleistungsfachkräfte**

mit Englisch-Kenntnissen gesucht.

**Aufgaben:** Patrouillendienste, Personenkontrolle, Objektüberwachung.

**Voraussetzungen:** IHK-geprüft (nach § 34a), Englisch zur Verständigung am Arbeitsplatz unerlässlich, Waffensachkunde erwünscht. Nur Bewerber bis 45 Jahre, körperlich fit.

**Konditionen:** deutscher Arbeitsvertrag, unbefristet, Stellenantritt: 01.09.2004. Vollzeitstelle in Schichtdienst (8 Std./tägl.). Der Arbeitgeber bietet ein überdurchschnittliches Gehalt, zuzüglich Auslöse, Flug, Unterkunft und Lebensversicherung.

Bewerbungen erbeten bis Ende August (Lebenslauf in Englisch mit Telefonnummer, Referenzen und Kopie der IHK-Prüfung) an die

**Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV)**  
 Internationaler Arbeitsmarkt  
 Villemombler Str. 76, 53123 Bonn  
 ENR 08101 270704 19640  
 Yvonne Nikolay, Tel.: 0228/713-1075  
 E-Mail: Bonn-ZAV.weltweit@arbeitsagentur.de

**A-04-535 IRK**

Anzeige in Markt und Chance 33 (13.8.2004), Zeitschrift der Arbeitsagentur

nichts dagegen unternehmen („Ich hab doch kein Recht was zu fordern.“), gibt es noch einen letzten Punkt.

Die Menschen glauben, dass wir in diesem Land nichts zu verteilen haben. Die Menschen glauben, dass unsere Kassen leer sind, und die öffentlichen Kassen sind auch leer, das ist das Problem der Wahrheit daran. Aber, ich bin Mitglied einer kleinen Organisation, die immerhin 600 WirtschaftswissenschaftlerInnen umfasst, die so genannte Memo-Gruppe von der Uni Bremen um Jörg Huffschmidt, die jedes Jahr ein Memorandum herausgibt. Wir haben für das Jahr 2005 errechnet, dass der Staat sich 132 Milliarden Euro entgehen lassen hat, die ihm an Steuereinnahmen zustünden, ohne dass er - wie ich mir das sehnlichst wünschen würde - dass er das politische System ändert. Wir haben im letzten Jahr ein Defizit von 40 Milliarden und wir haben etwa 40-50 Milliarden an Schuldendienst leisten müssen, aber

132 hätte der Staat sich hohlen können, wie sich genau belegen lässt.

Nur noch eine Kleinigkeit, ich hoffe es kommt jetzt niemand aus Stuttgart, ich habe Daimler Aktien, das gebe ich unheimlich ungern zu. Ich weiß nicht wie ich dazu komme, mein Vater hat sie mir einmal geschenkt, aber ich hab sie nun einmal - nicht sehr viele. Ich bekomme jedes Jahr von „meinem“ Konzern eine Dividende überwiesen. Vorletzte Woche las ich in der FAZ, 4.7 Mrd. Euro Gewinn, Daimler zahlt in diesem Jahr keine Steuern. Sie haben gesagt, wahrscheinlich im nächsten Jahr würden sie wieder Steuern zahlen. Und von diesen Daimlers, von denen gibt es 50-80 Unternehmen in diesem Land, was eine der Quellen für die 132 Milliarden ist.

Also, ich fasse nochmal zusammen, diese letzten drei Punkte sind mir sehr wichtig. Warum kommen wir in diesem Land, das interventionistisch ist, wieso kommen wir

in dieser Europäischen Union, die interventionistisch ist, mit unserer Bewegung nicht an die Herzen und Köpfe der Menschen heran. Erstens, natürlich, objektiv Massenarbeitslosigkeit, ganz grausam. Zweitens aber, die Menschen haben die individuelle Schuldzuschreibung akzeptiert. Und drittens, sie glauben, dass in diesem Land nichts zu verteilen ist.

#### Fazit

Die Optionen der antimilitaristischen Bewegung liegen in der fortwährenden Aufklärung über die oben angeführten Zusammenhänge. Sie darf sich nicht entmutigen lassen, sie darf nicht dem Charme der Macht erliegen, sie darf keine faulen Kompromisse eingehen und die Friedensbewegung muss sich weiter mit ihren verschiedenen Armen einander weiter zuhören.

Mein letzter Satz: Weiter IMI bleiben: Instinctively Mainstream Ignoring!

### Parlamentarische Immunität von IMI-Vorstandsmitglied Tobias Pflüger aufgehoben

Am 16. Mai 2006 beschloss eine breite Koalition aus Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten, Grünen und Rechts-extremen die Aufhebung der Immunität des Europaabgeordneten und Vorstandsmitglieds der Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tobias Pflüger. Einzig die Linksfraktion GUE/NGL lehnte diesen Antrag geschlossen ab.

Die Informationsstelle Militarisierung wendet sich scharf gegen diesen eindeutig politisch motivierten Angriff auf unser Vorstandsmitglied.

Zum Hintergrund: Die Staatsanwaltschaft München wirft Tobias Pflüger vor, während einer Demonstration Straftaten begangen zu haben, als er Polizeibeamte um Auskunft über die brutale Festnahme eines Demonstrationsteilnehmers bat. Dabei wies er sich ihnen gegenüber als Europaabgeordneter aus und wurde von zwei Polizeibeamten - ein halbes Jahr nach der angeblichen Tat - angezeigt.

Die Version der Staatsanwaltschaft ist derart hanebüchen, dass sich hieraus nur ein Schluss ergibt. Über Repression soll die politische Arbeit unseres Vorstandsmitglieds behindert, wenn nicht gar verunmöglicht werden. Dass dies nun gerade im Kontext der sehr erfolgreichen Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz geschieht, ist wohl ebenfalls kein Zufall und hat eine lange Vorgeschichte.

Insgesamt ist dies inzwischen das vierte polizeiliche bzw. justizielle Vorgehen (1999, 2003, 2004, 2005) einer bestimmten Staatsanwaltschaft in Bayern

(„Staatsanwaltschaft München I“) gegen Tobias Pflüger anlässlich seiner Beteiligung an Protesten gegen die Münchener Sicherheitskonferenz.

Nachdem Tobias Pflüger 1999 Bundeswehrosoldaten dazu aufforderte, den „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu verweigern und/oder zu desertieren“, ermittelte u.a. die Münchner Staatsanwaltschaft gegen ihn. Tobias Pflüger wurde jedoch von einem Tübinger Gericht im Jahr 2000 vom Vorwurf der Aufforderung zu einer Straftat freigesprochen. Damit wurde richterlich eingeräumt, dass dieser Krieg gegen die Verfassung verstieß (näheres unter <http://www.imi-online.de/liste.php3?mail=89>). Dieses Verfahren bildete den Auftakt zu einer langen Reihe von Repressionsmaßnahmen, die nun in der Aufhebung der Immunität gipfelten. Das Verfahren 2003 wurde eingestellt und für seine brutale Festnahme im Jahr 2004 entschuldigte sich die Polizei sogar später bei ihm.

München während der Sicherheitskonferenz soll offensichtlich zum rechtsfreien Raum gemacht werden. Während im bayrischen Hof grundgesetzwidrige Angriffskriege vorbereitet werden (1999 Angriffskrieg auf Jugoslawien, 2002 der so genannte „Anti-Terror-Krieg“, 2003 Irakkrieg und 2006 wahrscheinlich der kommende Krieg gegen den Iran), hebeln Polizei und Justiz gleichzeitig grundlegende demokratische Rechte aus.

Mit der heutigen Entscheidung der Mehrheit des Europäischen Parlaments

wurde für die politische Verfolgung der Proteste gegen die NATO-Kriegstreiber grünes Licht gegeben. Die Aushöhlung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland und in der EU geht immer weiter, da ist dieser Fall nur einer unter vielen, wirft aber ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der politischen Kultur innerhalb der Europäischen Union.

Erinnert sei hier nur an die Repressionsmaßnahmen gegen Claus Schreer, einen der Organisatoren der Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz, und gegen zahlreiche andere TeilnehmerInnen an den Protesten.

Wir werden natürlich genau beobachten und darüber informieren, wie in dem nun anstehenden Gerichtsverfahren versucht werden wird, aus dem Einsatz für einen brutal festgenommenen Demonstranten, eine Straftat zu konstruieren.

Die neuerlichen Repressionen gegen Tobias Pflüger zeigen deutlich wie erfolgreich die Proteste in München die hässliche Fratze der herrschenden Kriegspolitik zu Tage bringen. Wir werden uns von diesen Repressionsmaßnahmen nicht entmutigen lassen, sondern im Gegenteil unseren Einsatz gegen die NATO-Kriegspolitik 2007 noch weiter intensivieren.

Online Solidaritätserklärung unter <http://www.thomas-mitsch.de/> (links unter „Petition Tobias Pflüger“)

IMI